

# EU-Investitionskontrollen Von der Leyen rückt vom Freihandel ab

Die EU verschreibt sich dem Konzept der „Wirtschaftssicherheit“: Staatliche Kontrollen sollen den Abfluss von kritischem Wissen nach China unterbinden. Deutschland steht dabei im Fokus.

[Moritz Koch](#)

19.06.2023 - 09:01 Uhr [6 Kommentare](#)



*EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen*

Die EU-Kommission plant unter anderem strenge Investitionskontrollen und Exportvorschriften.

[\(Foto: Reuters\)](#)

Brüssel Nach jahrelangen Debatten haben die [USA](#) und die EU einen gemeinsamen Nenner in der Chinapolitik gefunden. Bundeskanzler [Olaf Scholz](#) (SPD), US-Sicherheitsberater Jake Sullivan, EU-Kommissionschefin [Ursula von der Leyen](#): Sie alle sprechen neuerdings vom Derisking.

Der Begriff soll sich vom Decoupling abgrenzen und klarstellen, dass es dem Westen nicht darum geht, alle Wirtschaftsbeziehungen zu China zu kappen. Stattdessen liegt der Fokus nun darauf, die größten Risiken zu begrenzen.

Das ist eine gute Nachricht für die deutsche Wirtschaft, die Milliardensummen in China investiert hat. Eine weniger gute Nachricht ist, dass es noch erhebliche Differenzen darüber gibt, was genau Derisking erfordert. Der gemeinsame Nenner erweist sich bei genauerer Betrachtung als Minimalkonsens.

Die EU-Kommission will das ändern – und kommende Woche eine Strategie zur „Wirtschaftssicherheit“ vorlegen, die sich an der Politik der USA orientiert. Von der Leyens Kabinettschef Björn Seibert stellte den EU-Botschaftern kürzlich bei einem „Arbeitsfrühstück“ die Eckpunkte vor: strengere Investitionskontrollen und Exportvorschriften, eine Überprüfung der Zusammenarbeit bei sicherheitsrelevanter Forschung und Entwicklung, widerstandsfähigere Lieferketten.

---

Europa darf nicht dazu beitragen, die Volksrepublik militärisch zu stärken, und soll im Krisenfall nicht erpressbar sein – diesen Leitgedanken folgt die Kommission. Dafür sollen erstmals, so ist aus der Behörde zu vernehmen, Informationen über Wirtschaftsbeziehungen, Forschungspartnerschaften und andere Kooperationsformen gesammelt und zu einem „holistischen Lagebild“ zusammengefügt werden.

## **Kommission will Länder weniger abhängig von China machen**

EU-Diplomaten messen dem Strategiepapier der Kommission große Bedeutung zu. Es gelte, die Lehren daraus zu ziehen, dass Russland die starke Abhängigkeit von EU-Mitgliedern wie Deutschland von Gasimporten als Wirtschaftswaffe eingesetzt hat, und sich darauf vorzubereiten, dass China im Konfliktfall ähnlich agieren würde.

Dass die Vorstellung der Brüsseler Pläne mit den deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen in Berlin zusammenfällt, erhöht die Brisanz noch zusätzlich. Den Chinesen dürfte die Brüsseler Strategie kaum gefallen. Denn sie sind ihre Hauptadressaten.

Die Neujustierung der Globalisierung: Über nichts weniger wird in der EU gerade diskutiert. Es gebe in praktisch allen Mitgliedstaaten ein Bewusstsein dafür, dass man nicht so weitermachen könne wie bisher, sagt ein Diplomat.

Die EU sieht auch bestimmte Investitionen europäischer Firmen in China kritisch

Ökonomen wie Jeromin Zettelmeyer, Chef des Brüsseler Wirtschaftsinstituts Bruegel, warnen allerdings: „Das Konzept der Wirtschaftssicherheit sendet ein Signal in Richtung Entglobalisierung. Es muss sehr vorsichtig kalibriert werden, ansonsten schlägt es in Abschottung um und richtet großen Schaden an.“

## **Deutschland soll nicht erpressbar sein**

Wieder steht Deutschland im Fokus. Nicht nur, weil deutsche Konzerne wie [BMW](#) und [BASF](#) stark in China investiert haben, sondern auch, weil das deutsche Mobilfunknetz großflächig mit Komponenten des chinesischen Herstellers [Huawei](#) bestückt ist.

Daraus ergeben sich Verwundbarkeiten, die ganz Europa schwächen, fürchtet man in Brüssel. Der [CDU](#)-Europaabgeordnete Andreas Schwab mahnt: „Wenn ein wirtschaftsstarkes Land wie Deutschland erpressbar ist, sind alle erpressbar.“ Noch vor der Strategie zur Wirtschaftssicherheit hat die Kommission daher einen Zwischenbericht zur Umsetzung ihrer Sicherheitsempfehlungen für die neuen, superschnellen 5G-Netze vorgestellt.

„Ich kann nur betonen, wie wichtig es ist, die Entscheidungen über den Austausch von risikoreichen Anbietern aus ihren 5G-Netzen zu beschleunigen“, sagte Binnenmarkt-Kommissar Thierry Breton. Die deutsche Untätigkeit frustriert die Kommission besonders, da andere Mitgliedstaaten sich hinter der Bundesrepublik verstecken.

Der Schutz kritischer Infrastruktur ist aus Sicht der EU-Kommission aber nur eine Mindestvoraussetzung für Wirtschaftssicherheit – ihre Vorstellungen reichen deutlich weiter. Auch das Knüpfen neuer Handelspartnerschaften, die zu einer weniger starken Abhängigkeit von chinesischen Importen und damit zu weniger Erpressbarkeit führen könnten, reicht Brüssel nicht.

Die Kommission will die Mitgliedstaaten dazu bewegen, die heimische Produktion von kritischen Gütern wie Batterien und Mikrochips zu stärken und Exporte von strategisch wichtiger Technologie einzuschränken, vor allem, wenn sie zur Aufrüstung beitragen könnte.

Neben Chipdesigns und Maschinen zur Chipherstellung wird in Brüssel an Komponenten wie Quantencomputern und Know-how für Künstliche Intelligenz gedacht. Die Listen für streng regulierte „Dual-Use-Güter“ sollen entsprechend aktualisiert werden.

## **Investitionskontrollen bislang nicht konsequent umgesetzt**

Zudem sieht das Kommissionskonzept vor, die Prüfung von ausländischen Investitionen in Europa zu stärken – und zugleich erstmals bestimmte europäische Investitionen im Ausland zu kontrollieren. Zwar haben fast alle Mitgliedstaaten rechtliche Instrumente geschaffen, um Übernahmen europäischer Firmen durch fremde, in der Praxis oft chinesische Investoren zu untersagen.

Allerdings werden die Eingriffsmöglichkeiten bisher nicht konsequent angewendet. Deutschland etwa hat zuletzt geplante Deals im Chipsektor gestoppt, genehmigte auf Druck von Kanzler Scholz allerdings den Einstieg der chinesischen Staatsreederei Cosco in ein Hamburger Hafenterminal. Die Kommission hatte vergeblich davor gewarnt.



*Containerschiff der Reederei Cosco*

Die Bundesregierung erlaubte der Staatsreederei eine Investition in ein Hafenterminal.

[\(Foto: dpa\)](#)

Jetzt denkt Brüssel an den nächsten Schritt: Von der Leyen zeigt Sympathien für den Vorschlag, ein Outbound-Investment-Screening einzuführen. Gemeint ist damit, europäischen Unternehmen Investitionen in China untersagen zu können, wenn die Gefahr besteht, dass kritisches Wissen an das Regime abfließt.

Dieses „Outbound-Investment-Screening“ wird sich auch in dem Strategiepapier wiederfinden. Nicht nur als Möglichkeit, sondern als Ankündigung: Noch vor Ende des Jahres will die Kommission einen Vorschlag präsentieren.

Es ist kein Zufall, dass von der Leyen damit an eine Debatte anknüpft, die in den USA schon länger geführt wird. Das gesamte Konzept zur Wirtschaftssicherheit ist an die amerikanische Außenwirtschaftspolitik angelehnt. US-Sicherheitsberater Sullivan hatte vor einigen Woche eine Rede zur Chinapolitik gehalten, in der er den Ansatz der USA mit dem Bild „kleiner Garten, hoher Zaun“ umschrieb.

Die Idee ist es, einen eng begrenzten Bereich der Wirtschaftsbeziehungen zu definieren, in dem strenge staatliche Kontrollen gelten – und die breite Masse der Handelsströme unberührt zu lassen.

Dieser Logik folgt auch Brüssel. Peter Wittig, bis 2018 deutscher Botschafter in Washington, sieht jedoch eine Gefahr: „Der US-Kongress wird versuchen, den kleinen Garten immer weiter auszudehnen. Für Ex-Präsident Donald Trump waren auch deutsche Autos eine Bedrohung der nationalen Sicherheit.“

Auch einigen Mitgliedstaaten gehen die EU-Pläne zu weit, das wurde bei dem Arbeitsfrühstück mit von der Leyens Kabinettschef deutlich. Mehrere Botschafter, so schildern es Eingeweihte, äußerten die Befürchtung, Brüssel könnte die Politik der Amerikaner übernehmen, die mit Blick auf China deutlich konfliktbereiter sind als die EU.

Nach dem Willen der EU-Kommission werden künftig mehr kritische Güter in den Mitgliedsländern produziert.

Um das Risiko zu verringern, dass die Volksrepublik Amerika ökonomisch überholt, werde in Washington sogar darüber diskutiert, das chinesische Wachstum zurückzuhalten, berichtet [SPD](#)-Außenpolitiker Metin Hakverdi, der gerade zu Gesprächen in der US-Hauptstadt war: „Das liefe auf eine wirtschaftliche Containment-Strategie hinaus.“ Diesem Weg dürfe die EU schon aus ethischen Gründen nicht folgen, mahnt Ökonom Zettelmeyer.

Derisking, so zeigt sich, ist ein äußerst dehnbarer Begriff. Die Kommission wird, anders als mancher US-Politiker, eine enge Definition wählen. Schon deshalb, weil sie, so heißt es aus der Behörde, „etwas Konsensfähiges finden muss“.

Quelle: Handelsblatt online vom 19.06.23

#### **Arbeitsauftrag:**

1. Fassen Sie die wichtigsten Aussagen des Textes stichpunktartig zusammen
2. Wie wird Ihrer Meinung nach der Freihandel der Zukunft aussehen? Nehmen Sie begründet Stellung.